

FDP.Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern

Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern

Bern, 3. März 2015 / GD  
Strategie Stromnetze

## Strategie Stromnetze Stellungnahme der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Anhörung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Zur Sicherstellung der Stromversorgung ist neben Produktion und Beschaffung die Übertragung ein zentraler Pfeiler. Wirtschaft und Gesellschaft als Verbraucher sind darauf angewiesen, dass Strom jederzeit in genügendem Masse zur Verfügung steht. Die vorliegende Strategie Stromnetze hat zum Ziel, die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität in der Schweiz zu garantieren. Die FDP unterstützt die Bestrebungen, den Um- und Ausbau der Stromnetze zügig an die Hand zu nehmen. Für uns ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von höchster Bedeutung.

Mit der Vorlage zur Strategie Stromnetze sind wir in den Grundzügen einverstanden. Wir sehen jedoch auch Änderungsbedarf in wesentlichen Punkten:

### Im Allgemeinen

Generell sollen die Verfahren beim Infrastrukturaufbau von Stromnetzen beschleunigt werden. Dies trägt dazu bei, die dringend benötigte Stromversorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Dazu sollen das Sachplan- sowie das Plangenehmigungsverfahren eines Projektes insgesamt maximal sechs Jahre bis zu einer erstinstanzlichen Entscheidung dauern. Sachpläne sollen auf die Netzebene 1 beschränkt werden, die Verantwortung und Planungskompetenz für die Verteilnetze (Netzebenen 3, 5 und 7) liegt bei den Betreibern.

### Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902

#### Art. 3bis / Art. 9f Abs. 2

Die vorgeschlagenen Informations- und Kommunikationsaufgaben müssen präzisiert werden, damit Aufwand und Nutzen abgeschätzt werden können. Die Netzbetreiber, denen vom BFE diese Kosten in Rechnung gestellt werden können, sollten diese auch in etwa quantifizieren können.

#### Art. 9a

Der Szenariorahmen ist Basis für die übergeordnete Netzplanung, daher soll dieser nur für die übergeordneten Netzebenen (1 bis 3) erstellt werden. Nebst dem Bundesamt für Energie und den Kantonen sind die Netzbetreiber der Netzebenen 1 bis 3 und die grossen Kraftwerksbetreiber mit einzubeziehen.

#### Art. 9b Abs. 1

Mehrjahrespläne sollen nur für die übergeordneten Netzebenen (1 bis 3) erstellt werden müssen.

#### Art. 15c

Neben den Aspekten von Natur-, Umwelt- und Heimatschutz ist ebenso die Wirtschaftlichkeit darüber entscheidend, ob eine Freileitung oder eine Erdverkabelung gewählt wird. Dies soll sowohl für die Erstellung

von Neu- als auch für Ersatzleitungen gelten. Die prinzipielle Verkabelung bei Neubauten, Ersatz/Erneuerungen und Ausbau betrifft insbesondere die Netzebenen 1 und 3. Die Netzebenen 5 und 7 sind zum grossen Teil bereits erdverlegt oder die Erdverlegung ist geplant.

Der Mehrkostenfaktor muss klar definiert werden. Die Kompetenz des Bundesrates, diesen zu überschreiten, führt lediglich zu Einsprachen. Die Kompetenz zur Unterschreitung wiederum führt zu Rechtsunsicherheiten bei der Anrechenbarkeit.

Art. 15c Abs. 3 und 4

Wir beantragen, diese Absätze zu streichen.

Art. 15f Abs.3

Der Sachplan ist ~~in der Regel~~ innert zwei Jahren zu erarbeiten. Der Bundesrat setzt für die einzelnen Verfahrensschritte Fristen fest.

Art. 15h

Bei der Zusammensetzung einer Begleitgruppe zum Sachplanverfahren muss darauf geachtet werden, dass die Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen gleich gewichtet werden. Wir fordern daher eine entsprechende Ergänzung in diesem Artikel.

Art. 17a

Betreffend die Vergabe von Verwaltungsaufgaben im Rahmen eines Plangenehmigungsverfahrens an Dritte beantragen wir, die folgende Bestimmung aufzunehmen:

<sup>3 (neu)</sup> Der Bundesrat regelt die notwendigen Einzelheiten für eine solche Auftragsvergabe wie die Kompetenzen der verwaltungsexternen Personen, die Kriterien für die Auswahl dieser Personen und die Auftragserteilung.

Art. 18a

Gemäss Entwurf kann eine hinfällig gewordene Projektierungszone mit ganz oder teilweise gleichem Perimeter festgelegt werden. Dies hätte zur Folge, dass ein Perimeter länger als die beschriebenen fünf plus drei Jahre mit einem Bauverbot belegt wird. Wir beantragen, dass ein Bauverbot für einen bestimmten Perimeter, das insgesamt mehr als acht Jahre gilt, als enteignungsähnliche Massnahme betrachtet und entsprechend entschädigt wird.

Art. 26a

Die öffentliche Publikation von Geodaten kritischer Infrastruktur ist problematisch, da dadurch der Schutz dieser Infrastrukturen tangiert wird. Wir fordern, darauf zu verzichten.

### **Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007**

Art. 9a - 9f

Wir beantragen die Streichung der Art. 9a bis und mit 9f. Die Planung des Übertragungsnetzes obliegt swissgrid unter Einbezug der Inputs des Bundes, der Stromwirtschaft und der europäischen Netzbetreiber. Die Planung des Verteilnetzes obliegt den Netzbetreibern. Die bestehende Planungskompetenz der Netze soll beibehalten werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Der Präsident

Philipp Müller  
Nationalrat

Der Generalsekretär

Samuel Lanz

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

#### Inhalt

Szenariorahmen .....	2
Bedarfsermittlung .....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz .....	8
Öffentlichkeitsarbeit .....	8
Geodaten .....	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Szenariorahmen ist Basis für die übergeordnete Netzplanung, daher soll dieser nur für die übergeordneten Netzebenen (1 bis 3) erstellt werden.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, die Periodizität soll vier Jahre betragen.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Periodizität soll vier Jahre betragen.

**die**

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mehrjahrespläne sollen nur für die übergeordneten Netzebenen (1 bis 3) erstellt werden müssen.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Sachplanverfahren soll dadurch nicht tangiert werden.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?  
*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

*Art. 15e – 15 j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1*

☐ notwendig    ☒ nicht notwendig    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend   ☐ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen, neu folgende Bestimmung aufzunehmen: Der Bundesrat regelt die notwendigen Einzelheiten für eine solche Auftragsvergabe wie die Kompetenzen der verwaltungsexternen Personen, die Kriterien für die Auswahl dieser Personen und die Auftragserteilung.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*



☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nur für Netzebene 1 – 3 sinnvoll.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Mehrkostenfaktor muss klar definiert werden. Die Kompetenz des Bundesrates, diesen zu überschreiten, führt lediglich zu Einsprachen. Die Kompetenz zur Unterschreitung wiederum führt zu Rechtsunsicherheiten bei der Anrechenbarkeit.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen, dies Absätze zu streichen.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ zielführend   ☐ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☐ zielführend   ☒ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Fragenbogen: Aussagen zu

- Energiewirtschaftlicher Szenariorahmen
- Prinzip Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor –Ausbau
- Definition des Einspeisepunktes
- Einbezug Kantone / Gemeinden bei Bedarfsermittlung
- Frist für Einreichung Mehrjahrespläne
- Befreiung von Erstellung zu Mehrjahrespläne
- Frist für Prüfung Mehrjahrespläne
- Nationale Interesse Netzebene 1 und z. T. 3
- Sachplanverfahren für Erstellung Netzebene 1
- Sachplanverfahren neu auf Gesetzesebene?
- BfE Zuständig für Bewilligungen N1?
- Baulinien (Schutz von Raum vor Bautätigkeit)?
- Plangenehmigungsverfahren an Externe
- Anordnung von Massnahmen auf unteren Netzebenen durch Genehmigungsbehörde
- Mehrkostenfaktor Erd- zu Freileitungen
- Obergrenze für Mehrkostenfaktor durch BR?
- Ausnahmeregelung Mehrkostenfaktor
- Kosten für Massnahmen anrechenbar?
- Anrechenbarkeit Kosten innovativer Massnahmen
- Kompetenz Information Öffentlichkeit
- Öffentliche Gesamtsicht elektrischer Anlagen?